

Universitätsgottesdienst am 23. Sonntag nach Trinitats, 4.11. 2018, 11.00 Uhr, Neue Universitätskirche St. Pauli

Predigttext: Röm 13,1-7

Predigt: Traugott Roser, Münster

Gnade sei mit euch von Gott unserem himmlischen Herrscher, und Jesus Christus, der uns zu Mitbürgerinnen und Mitbürgern gemacht hat.

Liebe Schwestern und Brüder der Paulskirche in Leipzig,

In der Vertonung von Heinrich Schütz haben wir eben Worte nach überstandener Klage gehört.

Die mit Tränen säen,
werden mit Freuden ernten.
Sie gehen hin und weinen
und tragen edlen Samen
und kommen mit Freuden
und bringen ihre Garben.

I Eine biographische Erinnerung

Von einem, der diese Worte aus Erfahrung hätte sprechen können, möchte ich Ihnen zu Beginn erzählen: es handelt sich um Franz Böhm, einen aus Baden stammenden Juristen, der eine Lehrstuhlvertretung an der Universität Jena wahrnahm und mit einem Ruf auf eine ordentliche Professur ebendort rechnen konnte. Bis zu einem denkwürdigen Abend 1937. Im Rahmen einer privaten Abendgesellschaft äußerte sich seine Schwiegermutter, die damals berühmte Schriftstellerin Ricarda Huch, kritisch zur nationalsozialistischen Judenpolitik und der hetzerischen Propaganda. Franz Böhm sprang ihr unterstützend bei, bis der Abend abgebrochen wurde. Der Gastgeber der Abendgesellschaft war ein einflussreiches Mitglied der NSDAP. Kurz danach wurde gegen Böhm ein Verfahren wegen Verstoßes gegen das Heimtückegesetz eröffnet; am Ende wurde ihm die Berufung verwehrt, auch anderswohin durfte er sich nicht mehr bewerben. Mit gerade einmal 43, 44 Jahren wurde er in den Ruhestand versetzt. Eine Übersendung in ein Konzentrationslager konnte abgewehrt werden. 1938 verfasst Böhm eine schriftliche Stellungnahme zu seinem Dienststrafverfahren, in dem er schreibt: Im Rahmen einer Privatgesellschaft kann es nicht zu einer Gesinnungsprüfung kommen! „Ich hätte mich also einem weltanschaulichen Examen unterziehen müssen. Dergleichen aber lehne ich rundweg ab.“ An den Vorsitzenden der Dienststrafkammer gerichtet, verwehrt Böhm dem nationalsozialistischen Staat Zugriff auf seine Weltanschauung: „Soll man im Ernst den Satz verfechten, dass eine Weltanschauung nicht durch Überzeugung, sondern durch Zwang und Befehl zustande kommt? Soll der politische Führer auch der Papst unseres Gewissens sein?“ Kurz vor dem Schrecken der Reichsgromnacht am 9. November 1938 verweigert Böhm dem

NS-Staat die Gefolgschaft in Sachen Judenpolitik: „Gibt es ein weltanschauliches Unfehlbarkeitsdogma?“¹

Böhms Familie lebte von der kleinen Rente und den Einkünften der Schwiegermutter. Er selbst schloss sich mit anderen Wissenschaftlern, Nationalökonomern, Agrarwissenschaftlern und Historikern zusammen in einem Widerstandskreis und arbeitete an Entwürfen für eine Rechtsordnung auf deutschem Boden nach Ende der NS-Diktatur. Einen Auftrag dazu hatte Dietrich Bonhoeffer im Auftrag der Bekennende Kirche überbracht. Zu anderen Widerstandskreisen bestand Kontakt. Der Verhaftungswelle nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler konnte Franz Böhm entgehen. Das Tal der Tränen war aber erst nach Ende des Kriegs durchschritten. Böhm und seine Freunde stellten ihre Arbeiten – wie Samen in den Jahren der Unfreiheit gehegt – den Architekten einer freiheitlichen staatlichen Ordnung zur Verfügung, so dass er heute als einer der Väter der Sozialen Marktwirtschaft gilt. In all dem berief sich Böhm auf sein Gewissen, das er offen als ein evangelisch geschultes bezeichnete.

II Unbequeme Aktualität

Liebe Gemeinde in Leipzig!

Eine Gewissensfrage kann zum Wendepunkt einer akademischen Berufsbiographie werden. Bei Franz Böhm war es die Frage, wieviel wir dem Staat schuldig sind. Oder allgemein als Akademiker im befristeten Staatsdienst oder in einem Beamtenverhältnis. Als Christinnen und Christen, die in Forschung und Lehre, in Verwaltung und politischen Ämtern, in Unternehmen oder Sozialdiensten ihrem Beruf nachgehen, dem für viele eine Berufung zugrunde liegt. Der Zugriff auf das Gewissen schien mit dem Ende der Diktaturen ein für allemal gebannt. Doch aktuell drängen in einigen Ländern autokratische Regierungen Beamte, Richter*innen und Universitätslehrende aus ihren Ämtern. Unbequeme Pressefreiheit wird beschränkt und freie und kritische Medien werden gar zum Feind des Volkes erklärt. Die existenzbange Frage Franz Böhms ist – leider – wieder aktuell. „Soll der politische Führer auch der Papst unseres Gewissens sein?“

III Das Schreiben des Paulus an die Gemeinde in Rom

Wie klingt in dieser Lage das, was der Apostel Paulus in seinem berühmten Römerbrief im 13. Kapitel schreibt? Ich lese den für den 23. Sonntag nach Trinitatis vorgesehenen Predigttext aus Römer 13 nach der Lutherübersetzung 2017.

Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott angeordnet. Wer sich nun der Obrigkeit widersetzt, der widerstrebt der Anordnung Gottes; die ihr aber widerstreben, ziehen sich selbst das Urteil zu. Denn vor denen, die Gewalt haben, muß man sich nicht fürchten wegen guter, sondern wegen böser Werke. Willst du dich aber nicht fürchten vor der Obrigkeit, so tue Gutes;

¹ Zitate aus T. Roser, Protestantismus und Soziale Marktwirtschaft. Eine Studie am Beispiel Franz Böhms, Münster: Lit 1997

so wirst du Lob von ihr erhalten. Denn sie ist Gottes Dienerin, dir zugut. Tust du aber Böses, so fürchte dich; denn sie trägt das Schwert nicht umsonst: sie ist Gottes Dienerin und vollzieht das Strafgericht an dem, der Böses tut. Darum ist es notwendig, sich unterzuordnen, nicht allein um der Strafe, sondern auch um des Gewissens willen. Deshalb zahlt ihr ja auch Steuer; denn sie sind Gottes Diener, auf diesen Dienst beständig bedacht. So gebt nun jedem, was ihr schuldig seid: Steuer, dem die Steuer gebührt; Zoll, dem der Zoll gebührt; Furcht, dem die Furcht gebührt; Ehre, dem die Ehre gebührt.

IV Belastete Auslegungs-Tradition

Mir ist der Text aus Römer 13 seit Schulzeiten bekannt und seit Studienzeiten vertraut, - aber anders als viele andere Paulustexte, Evangelien- oder Psalmentexte ist mir der Abschnitt nicht ans Herz gewachsen. Dabei bin ich ein Kind der BRD, geboren und aufgewachsen in einer freiheitlichen Demokratie. Mein Vater (Hans Roser) war ein politisch aktiver Mensch. Politische Auseinandersetzungen führte er leidenschaftlich, als Abgeordneter auch im Bundestag. Parteipolitik war zuhause ständig präsent, Kritik an den Regierenden, wenn die eigene Partei gerade nicht an der Macht war, gehörte zur Tagesordnung. Den Begriff „Obrigkeit“, der im Römerbrief auch in der neuen Luther-Übersetzung wieder auftaucht, kannte ich von Zuhause überhaupt nicht, und wenn, dann nur in Führungszeichen. Die Neue Genfer Übersetzung vermeidet ihn und übersetzt: *Jeder soll sich der Regierung des Staates, in dem er lebt, unterordnen.*

Obrigkeitsdenken und Untertanengehorsam haben eine ungute Geschichte in unserem Land und im deutschen Protestantismus. Das 13. Kapitel des Römerbriefs war und ist noch immer der klassische biblisch-neutestamentliche Text für die Stellung des Christentums zum Staat. Der Grundgedanke des Textes, dass die staatliche Gewalt von Gott angeordnet ist, bedarf der Erklärung. Immerhin hat Paulus wohl eher eine Theokratie als eine Demokratie heutigen Verständnisses im Blick.

Paulus war als römischer Bürger Menschenkenner genug, um die Realität des römischen Reiches realistisch zu sehen. Die Korruption des Staatsapparats auf Reichs- und Provinzebene dürfte ihm bekannt gewesen sein, ebenso auch, dass die Macht Roms auf Ausbeutung der Provinzen beruhte. Die Überlegungen des Apostels an die Gemeinde in Rom befassen sich darum auch nicht mit Glanz und Gloria des Kaiserreichs. Es geht Paulus im weiteren Zusammenhang des Textes darum, dass die Gemeindeglieder in Rom mit allen Menschen in Frieden leben, niemandem Böses mit Bösem vergelten, sondern überall Nächstenliebe üben und auf Gutes bedacht sind. Er schließt sich an das Jesuanische Gebot der Feindesliebe an, dem Aufruf, die zu segnen, die einem Flüche entgegenschleudern. Für Paulus war klar, dass das irdische Reich mit all seinen Ordnungen, vom staatlichen bis zum ehelichen Leben bald vergangen sein würde. Er lebte aus der Erwartung des nahen Endes dieser Welt und in Erwartung des baldigen Anbruchs des Friedensreiches Christi. Dort sind wir zuhause: *Unser Bürgerrecht ist im Himmel* (Phil 3,20). Aber das nahe Ende ist für Paulus kein Anlass, sich schwärmerisch schon jetzt aus allen

Bindungen zu verabschieden, einen Gottesstaat auszurufen oder in radikal-anarchischer Weise Macht an sich reißen zu wollen.

Nichts im Text des Paulus spricht für eine religiöse Verklärung des Staates, einer Regierung oder irgendeiner Obrigkeit. Gehorsam heißt, sich an die geltende Rechtsordnung zu halten und Gutes zu tun. Nach dem Urteil des Paulus ist es möglich, im bestehenden Rechtsrahmen Gutes zu tun. Gutes wird ausschließlich nach dem Liebegebot definiert, nach göttlichem, nicht staatlichem Gebot. Obwohl er selbst oft genug durch staatliche Behörden in Haft genommen wurde, sieht Paulus keinen Grund, an der grundsätzlichen Möglichkeit zu zweifeln, dass er seinen Dienst am Guten, am Evangelium und an der Nächstenliebe, innerhalb, nicht gegen die politische Ordnung ausüben kann. Der Staat und seine Ordnung sind darum per se weder gut noch schlecht, sie haben keine eigene ethische Qualität.

Aus der Paulusstelle kann deshalb keine Staatstheorie abgeleitet werden, keine Theologie des Staates. Obrigkeit Gehorsam beschränkt sich auf die Bereitschaft, Steuern zu zahlen, mit denen Aufgaben des Staates erfüllt werden. Die Aufgabe des Staates nach Paulus besteht in der grundlegenden Funktion, Recht und Frieden unter den Menschen zu schützen. Darin erfüllt er seinen göttlichen Auftrag. Wenn Staat oder Obrigkeit mehr verlangen, mehr Gehorsam, überschreiten sie ihre Grenzen in unstatthafter Weise.

Oder, wie es eben der Sopran in seinem Rezitativ sang:

Ich gebe Gott, was Gottes ist,
Das Innerste der Seelen.

Worauf der Choral ermutigend antwortete:

Trotz aller Welt! mich kann nicht mehr
Ihr Pochen traurig machen!
Gott ist mein Schutz, mein Hilf und Rat;
Wohl dem, der Gott zum Freunde hat!

V Zwei Regimente als Grenzgebiete

Staatliche Macht hat Schranken. Das war die zentrale Erkenntnis, die Martin Luther anhand Röm 13 entwickelte, die Lehre von den Zwei Regimenten in der berühmten Obrigkeitsschrift von 1523. Er sah sich dazu genötigt, weil Herzog Georg von Sachsen die Verbreitung der deutschen Bibelübersetzung verbieten wollte. Luther wehrte sich dagegen. Glaubensfragen, auch Gewissensfragen, zu denen Glaube und Weltanschauungen gehören, sind nicht Angelegenheit des Staates. Darauf hat er keinen Zugriff. Hier, in der neuen Paulinerkirche in Leipzig, ist zu greifen, wozu Übergriffigkeit und Schrankenlosigkeit eines Staates führt. Wenn die Regierung meint, aus fadenscheinigen Gründen eine altherwürdige Universitätskirche sprengen zu können, am 30. Mai 1968, ist kein Gehorsam geboten. Denn, wie Landesbischof Rentzing beim

50jährigen Gedenken sagte: „Die Seele der Stadt ist verletzt worden.“ Durch den Staat. Die Zwei Regimenten-Lehre ist eine Freiheitslehre.

Der Freiheitsgedanke als Grundgedanke liberaler Demokratie steht dem Gehorsam gegen staatliche Ordnung nicht entgegen, denn er zieht der staatlichen Macht klare Grenzen. Wahrscheinlich ist es genau darin begründet, dass gerade die staatlichen Behörden in der DDR eine Heidenangst vor Bibeln und Kirchenräumen hatten, weil dies Räume der Freiheit sind. Das zeigt allein schon das wunderbare Wort Jesu aus dem Evangelium über die Kaisersteuer. Wenn man dem Kaiser geben soll, was des Kaisers ist, Gott aber, was Gottes ist, dann bedeutet diese Unterscheidung doch, dass dem unstillbaren Hunger der Herrscher auf Verehrung Einhalt geboten wird. Steuern Ja. Anbetung Nein. Entmythisierung und Entideologisierung ist die Antwort von Christ*innen zum Staatskult. Bekanntlich haben viele Christinnen und Christen mit der Entmythisierung von Regierungen auch mit dem Leben bezahlt – und dabei gewiss nicht gegen Röm 13 verstoßen.

VI Herausforderung für heute

Darin liegt vielleicht die gegenwärtige Herausforderung. Demokratie ist bekanntlich kompliziert. Sie setzt Streit und Auseinandersetzung voraus. Aber auch Bereitschaft, auf geordnetem Weg zu Konsens zu finden, Recht und Frieden herzustellen und für ein würdiges Auskommen aller Menschen zu sorgen. Dazu braucht es eine Ordnung, die Machtmissbrauch unmöglich macht und die alle Menschen ohne Ansehen ihrer Person schützt. Der Staat hat keinen Zugriff auf Gewissen. Oder auf Meinungsfreiheit. Oder auf Glauben. Keine Regierung, im Übrigen auch keine politische Partei hat Zugriff auf die Führung des privaten Lebens, auf die Gestaltung der individuellen Liebes- und Lebensform oder auf die Festlegung auf ein biologisches Geschlecht, weil ihr Gender-Diversity nicht passt. Staatlicher Zugriff hat Grenzen. Das ist das Wesen liberaler Demokratie. Deshalb müssen auch Regierende und Parteien sich in Gehorsam üben – mindestens gegenüber dem Grundgesetz und Entscheidungen der Verfassungsorgane.

Keine Regierung, auch keine Partei darf verlangen, dass Symbole des Staates oder der Nation quasireligiös verehrt werden. Keine Regierung darf die eigene Nation anderen Rechten, Verträgen und Pflichten überordnen. Die chauvinistische Formulierung ‚America First‘ oder jede andere nationale Füllung „über alles“ sind nicht gedeckt durch Römer 13. Paulus hat das 13. Kapitel des Römerbriefs so formuliert, dass *jeder* Regierung Gehorsam gebührt, keiner mehr oder weniger als der anderen. Christinnen und Christen in aller Welt, auch in unserem Land haben ein Interesse an gerechten Ordnungen und an Regierungen. Als Dienstleister am Menschen dienen sie dem Leben und damit dem Auftrag Gottes. Darum ist es gut, wenn Christinnen und Christen nicht nachlassen, für ihre Regierungen beten, auch wenn sie nicht von der Partei gebildet werden, für die man selbst gestimmt hat.

VII Schluss: Aus Gewissensgründen für Ordnung sorgen

Franz Böhme sorgte für Ordnung. Es war ein Ausdruck seines freien christlichen Gewissens, dass er die Regierung Konrad Adenauers gegen viele Widerstände drängte, für Recht und Ordnung

gegenüber den Juden zu sorgen. Er setzte die Wiedergutmachungsverträge mit Israel und den Überlebenden des Holocaust durch. Darin war er, um Paulus noch einmal zu zitieren, als Beamter ein Diener Gottes, der seine Pflicht tat, damit der Staat seine Aufgaben erfüllen kann. Respekt und Ehre.

Und der Frieden, der höher ist als unsere Vernunft, auch höher als der durch Verträge ausgehandelte Friede, bewahre unsere Herzen und Sinne.